

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 18 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 5. Mai 1916

Inhalt: Beitragsleistung. — Solidarität, Opfermut, Disziplin. II. — Die Anpassung der Offenbacher Lederwarenindustrie an den Krieg. — Gesetzlicher Schutz für die weibliche und jugendliche Arbeitskraft. — Feldpostbrief. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales. — Bürgerchau. — Adressenänderungen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bekanntmachung der Branchenleitung für das Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe Berlins. — Anzeigen.

Für die Woche vom 7. bis 13. Mai 1916 ist der 19. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Solidarität, Opfermut, Disziplin.

II.

Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in ihren Anfängen grundsätzlich eine ausgesprochene Gegnerin des Organisationsgedankens war, mußte naturgemäß alle jene Tugenden gering schätzen, die das Wesen einer Organisation ausmachen. Sie verhehlte auch diese ihre Gesinnung nicht, vielmehr ließ sie keine Gelegenheit vorübergehen, ihre abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die proletarischen Organisationen mit ihrer Solidarität, ihrem Opfermut und ihrer Disziplin wurden als das Grab der persönlichen Freiheit bezeichnet, und hervorragende Leute aus den Reihen der Kapitalisten beklagten die Verblendung jener Arbeiter, die sich freiwillig dem Zwange der Organisation unterwerfen. Der bekannte König Stumm, der seine Arbeiter wie unmündige Kinder gängete und bevormundete, vergoß auf der Tribüne des Reichstages Krokodilstränen über die organisierten Arbeiter, die kein Gefühl für Freiheit hätten und sich nur in der Knechtschaft wohlfühlten. Dagegen feierte er die Unorganisierten und Streikbrecher, die sich um die gemeinsamen Interessen ihrer Klassen- und Berufsgenossen den Teufel kümmern, als Freiheitskämpfer und Persönlichkeitsmenschen. Die Arbeiter, die Solidarität übten und Disziplin wahrten, wurden als Menschen mit sklavischer Gesinnung hingestellt, aber jenen unfauberen Elementen, die ihren eigenen Vorteil suchten und ihren Kollegen in den Rücken fielen, wand man einen Heiligenschein ums Haupt. Mangel an Solidarität und Disziplin bezeichnete man als Freiheitsfinn und Gefühl für Selbstständigkeit. Und wenn die organisierten Proletarier, die zur Hebung ihrer Lage die schwersten Opfer nicht scheuten, hin und wieder einmal jenen fauberen Brüdern einen unsanften Rippenstoß versetzten, so entrüstete sich das Unternehmertum über die Schreckensherrschaft der Gewerkschaften und rief nach einem Schutz der Arbeitswilligen. Natürlich hatten auch die Vertreter des Staates in dieselbe Kerbe, denn auch sie huldigten dem Ge-

danke eines ungezügelter Individualismus. Den aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und der inneren Notwendigkeit einer jeden Organisation entspringenden Zwang verschrien sie als scheußlichen Terrorismus, und die Betätigung des persönlichen Freiheitsdranges erklärten sie für das höchste Ziel menschlicher Entwicklung. Noch ein Jahr vor dem Kriege verurteilte der Reichskanzler Bethmann Hollweg den sogenannten Terrorismus, den er darin erblickte, daß die organisierten Gewerkschafter keine Lust haben, mit ihren unorganisierten Kollegen freundschaftlich zu verkehren, und er sprach die Hoffnung aus, daß sich das Volk empfinden gegen diese Freiheitsbeschränkung wenden werde. Es ist auch bekannt, daß der deutsche Kaiser zu verschiedenen Malen seine schützende Hand gehalten hat über die Arbeitswilligen, die unter dem Deckmantel von braven Familienvätern und fleißigen Arbeitern den Mangel an Solidarität, Opfermut und Disziplin verdeckten. Entsprechend dieser durchaus individualistischen Theorie war denn auch die Praxis: durch Gesetzesparagrafen und auf dem Verwaltungswege waren die Behörden eifrig darauf aus, den unsolidarischen, disziplinlosen Elementen jede mögliche Förderung angedeihen zu lassen und den anständigen Arbeitern die harte Faust zu zeigen. Und die Unternehmer verhätschelten die Unorganisierten, während sie gegen die Organisierten die Hungerpeitsche schwangen.

In diese ganze individualistische Theorie und Praxis hat der Weltkrieg Bresche gelegt, er hat sie weggeschwemmt wie dürres Laub und morschen Blunder. Der Individualismus hat Schiffbruch gelitten, der Gedanke der Organisation hat den Sieg davongetragen und über unserm Volke flattert das Banner mit der Aufschrift: „Solidarität! Opfermut! Disziplin!“ Der Krieg hat uns mit geradezu erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin Planlosigkeit und Organisationslosigkeit ein Volk führt und was eine starke Organisation vermag. Wohin wäre Deutschland wohl gekommen, wenn es nicht eine straffe militärische Organisation und keine starken wirtschaftlichen Organisationen gehabt hätte? Und wenn nicht der Staat dazu übergegangen wäre, das Gebiet der Gütererzeugung und Güterverteilung zu organisieren? Im wesentlichen verdanken wir es der inneren und äußeren Organisation, daß wir instande gewesen sind, allen Feinden zum Trotz durchzuhalten. Darum hat auch der Organisationsgedanke so viel Anhänger gefunden unter jenen Leuten, die auf ihre persönliche Freiheit pochten. Überall werden Organisationen ins Leben gerufen oder es werden schon bestehende Vereinigungen zur Mitarbeit herangezogen, wenn es sich um die Lösung von Aufgaben wirtschaftlicher oder anderer Art handelt, und der Staat, die umfassendste und mächtigste Organisation, die es gibt, hat überall seine regelnde, ordnende Hand im Spiele.

Unser ganzes Leben steht heute unter dem Zeichen der Organisation, und damit sind auch jene Tugenden wieder zu Ehren gekommen, die das Wesen einer jeden menschlichen Vereinigung ausmachen. Der Solidarismus ist zur Richtschnur unseres Handelns erklärt worden. Wer sein eigenes Interesse in den Vordergrund schiebt und sich weigert, seinen Volksgenossen gegenüber Solidarität zu üben, der wird als ein Schädling und als ein Feind der Gesellschaft betrachtet. Die gerissenen Geschäftsleute: Spekulanten, Lebensmittelwucherer und andere Profitpatrioten, die die Not der Zeit und die schlimme Lage der Volksmassen dazu benutzen, sich die Tasche zu füllen, werden grimmig gehaßt und allgemein verachtet und auch die berücktesten Hamster, die massenhaft Lebensmittel einheimsten ohne Rücksicht darauf, ob für andere Leute noch etwas übrig bleibt, fallen der Verachtung anheim. Selbstsucht und Erwerbssücht, die sich auf Kosten der Volksgenossen breit machen, gelten als Laster und Verbrechen, und immer wieder wird die Behauptung aufgestellt, daß das Allgemeinwohl die größte Förderung verdiene. „Es ist nicht nötig, daß einzelne Menschen und einzelne Gruppen hohe Gewinne in die Tasche stecken,“ so lautet eine bekannte Aeußerung, „aber es ist nötig, daß unser Volk gesund und stark und arbeitsfähig bleibt.“ Dieser Solidarismus, ohne den kein Volk bestehen kann, soll in uns allen den Willen rege machen, im Interesse des Ganzen Opfer zu bringen. Der Soldat soll sein Leben in die Schanze schlagen, weil es der Schutz des Vaterlandes erfordert, und auch die Dahingeblichenen müssen sich bereitwillig Opfer auflegen. Wir können keine Driideberger gebrauchen, die sich unter allerlei Vorwänden ihrer Pflicht entziehen, sondern wir brauchen Männer und Frauen, die tatkräftig einspringen und zupacken, wenn es die Stunde gebietet. Es mutet uns geradezu komisch an, wenn wir daran denken, daß man früher die unsolidarischsten Elemente gelobhudelt hat. Was würde man heute von einem Menschen sagen, der die Aufforderung, sich unter die Kämpfer einzureihen, ablehnte mit der Begründung, er sei ein guter Familienvater und wolle lieber seine Arbeit fortsetzen, als hinausziehen in den Kampf? Wir würde man einen Menschen beurteilen, der seine Fahne verläßt, zum Feinde überläuft und seinen Kameraden in den Rücken fällt? Was ein Ueberläufer im Kriege, das ist ein Streikbrecher im wirtschaftlichen Kampfe. Und wer könnte einen Soldaten achten, der sich der Ordnung nicht fügt, sondern seinen eigenen Kopf haben will? In der Arbeiterbewegung nennt man solche disziplinlosen Leute Eigenbrödl und Quertreiber.

Die Moralgrundsätze der Arbeiterbewegung, die einstmalig gering geschätzt und verlacht wurden, sind nunmehr als die allein richtigen erkannt worden. Wenn wir heute einen Menschen nach seinem wahren Werte beurteilen wollen,

so fragen wir, ob er Solidarität, Opfermut und Disziplin besitzt. Wer seine Pflicht in jeder Beziehung tut, den nennen wir moralisch, wer aber seine Pflicht vernachlässigt, der wird als moralisch minderwertig gebrandmarkt. Dieser allgemein gültige Maßstab muß auch an jene Drückerberger gelegt werden, die während des Krieges ihrer Gewerkschaft untreu geworden sind, weil sie die Beiträge sparen wollen. Diese Beitragscheuen denken nicht daran, daß die Kollegen draußen im Felde unter schweren Opfern ihre Schuldigkeit tun, sie denken nur an ihren eigenen Vorteil und an ihren Geldbeutel. Kein anständiger Mensch kann sie achten, und wenn sie selbst noch einen Funken Schamgefühl in sich haben, so müssen sie sich heimkehren.

Die Anpassung der Offenbacher Lederwarenindustrie an den Krieg.

Die Entwicklung und Entfaltung der Industrie feiner Lederwaren gab angehenden Wissenschaftlern schon oftmals Gelegenheit, über die Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft und über die soziale Lage der darin beschäftigten Arbeiter Untersuchungen anzustellen. Wir erinnern nur an die von Herrn Dr. G. Köhl-Berlin verfaßte Broschüre über: „Die Heimarbeit in der Berliner Hausindustrie“, 1900 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik), Dr. Ludwig Haager: „Die Lederwarenindustrie in Offenbach a. M. und Umgebung“ (Volkswirtschaftliche Abhandlung der hiesigen Hochschulen, 8. Band, Heft 3) Karlsruhe 1905 und Dr. Max Morgenstern: „Auslese und Anpassung der industriellen Arbeiterschaft, betrachtet bei den Offenbacher Lederwarenarbeitern“ (Schriften des Vereins für Sozialpolitik). Jetzt hat Herr Dr. Heinrich Loß-Offenbach a. M.: „Die Anpassung der Offenbacher Lederwarenindustrie an den Krieg“ zum Gegenstand einer Doktor-dissertation gemacht und dabei in freimütiger Weise Urteile über die damit im Zusammenhang stehenden Fragen, insbesondere über die Heimarbeit, gefällt, denen wir nur beipflichten können. Trotzdem wollen wir nicht unterlassen festzustellen, daß dem 108seitigen Schriftchen manche Mängel anhaften, die weniger in der Person des Verfassers liegen, als wie daß sie den durch den Krieg geschaffenen Begleitumständen zuzuschreiben sind. Anderes Crachten wäre es rascher gewesen, mit Hilfe der zuständigen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen während der Dauer des Krieges geeignetes Material zu sammeln, durch statistische Aufnahmen zu ergänzen und erst nach dem Kriege zu veröffentlichen. Auf diese Weise wäre ein Gesamtbild geschaffen worden, geeignet, manch festeingebürgerte und voreingenommene Urteile zu zerstören. Hoffentlich bleibt dieser Fingerzeig in wissenschaftlichen Kreisen nicht unbeachtet. Störend hat auch die zweimalige Einziehung des Verfassers zum Heeresdienst gewirkt, und drittens, daß einige für die Industrie maßgebende Fabrikanten es ablehnten, die Untersuchungen mit irgendwelchen Angaben zu fördern und zu stützen. Trotz dieser angeführten Mängel ist und bleibt dieses Schriftchen*) doch durchaus lesenswert und ist unseren Kollegen ganz besonders zum Studium empfohlen.

Die Redaktion.

I.

Kurzer Ueberblick über die Offenbacher Lederwarenindustrie im Frieden.

Im ersten Kapitel wird das Arbeitsgebiet und die Betriebsweise der modernen Lederwarenindustrie behandelt, wobei Dr. Loß feststellt, daß infolge der billigen Heimarbeit die maßgebende Mitwirkung, bis auf wenige Ausnahmen, ausgeschaltet ist. „Der Qualitätsarbeiter „baut“ seinen Artikel von Anfang bis zu Ende selbst. Der kleine Unternehmer ist infolgedessen in der Lage, in den feinsten Waren mit dem Großunternehmer zu konkurrieren. Einem Besucher Offenbachs muß daher auch sofort die große Zahl der Zweigbetriebe in der Lederwarenindustrie in die Augen springen.“ Trotzdem schreibt die Konzentration vorwärts. In demselben Maße wie die Kleinbetriebe zunehmen, vermehren und erweitern sich die Großbetriebe, wohingegen die mittleren Betriebe eine Abnahme zeigen.“ Leider liegen zur Bestätigung dieser Auffassung keine amtlichen Feststellungen vor. Die Zählungen der Groß- Gewerbeinspektion erstreckte sich nur auf Offenbach und den Landkreis, wobei die Betriebe in Frankfurt und im preussischen Gebiet unberücksichtigt blieben, trotzdem mit vollem Recht von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet gesprochen werden kann. Im Jahre 1913 stellte der Verfasser in Offenbach fest:

45 Firmen, die mehr als 10 Personen

28 " " " " 20 "

30 " " " " 50 "

in geschlossenem Betrieb beschäftigten. Im Stadt- und Landkreis Offenbach wurden von der Gewerbeinspektion für das Jahr 1913 zusammen 7515 Arbeiter gezählt, und zwar:

3059 männliche, 1826 weibliche Werkstattdarbeiter,
1886 " " " " Heimarbeiter.

Zu beachten ist, daß bei diesen Angaben die Arbeiter der Frankfurter Industrie mit ihrer verhältnismäßig größeren Heimindustrie fehlen.

Diese 30 Firmen, die mehr als 50 Personen beschäftigen, zerfallen ihrer Größe nach in folgende Gruppen:

15 Firmen beschäftigten 51—70 Personen

6 " " " " 71—100 "

6 " " " " 101—200 "

2 " " " " 201—300 "

1 Firma beschäftigte über 300 "

in geschlossenem Werkstättenbetrieb. Bei dieser Klassifizierung ist die bedeutende Zahl der Heimarbeiter*) ganz unberücksichtigt geblieben.

„Leider ist ihre Zahl fortwährend im Steigen begriffen. Gibt es doch für einen Unternehmer nichts Verlockenderes, als sich dieser Leute zu bedienen, um erhöhte Unternehmergewinne einzutreiben zu können. Man kann es ja auch dem einzelnen Unternehmer kaum betragen, wenn er in unserem kapitalistischen Zeitalter billige Massenartikel unter privatwirtschaftlich günstigen Bedingungen herstellt. Volkswirtschaftlich ist es aber eine große Gefahr. Massenartikelproduktion, um den oft zutreffenderen Ausdruck Schundwarenproduktion zu vermeiden, muß niedrige Löhne haben, wenn sie lebensfähig bleiben will. Die Wirtschaftsgeschichte verlangt aber höhere Löhne. Arbeiter, die bis in die Nacht hinein in die kapitalistische Dreimühle gespannt sind und wie die Heimarbeiter auch noch menschenunwürdig bezahlt werden, können auf technischem Gebiet nichts leisten.“

Wie gering die Bezahlung in der Heimindustrie ist, wird durch einige Beispiele, die unserem Verbandsorgan entnommen sind, und durch eigene Feststellungen bewiesen. So hat eine Militäreffektenfabrik im Schwarzwald 6—17 Pf. Stundenlohn bezahlt. Oberregierungsrat Wittmann hat Stundenlöhne von 4 Pf., bei einer Frau sogar einen Tagesverdienst von 20 Pf. festgestellt.

In Reichelsheim i. O. wurde ein Geschirrsattlergehilfe entdeckt, der sich nach anderer Beschäftigung umseh. Der Mann wurde veranlaßt, mit seiner Frau einige Wochen in Offenbach Wohnung zu nehmen. In der Fabrik wurde er auf billige Damentaschen „eingesucht“ und wird Heimarbeiter.

In Fränkisch-Crumbach arbeitet ein Zwischenmeister, der 12 Personen beschäftigt, darunter drei Männer mit 12 Mk. Lohn.

In Heiligenkreuzsteinach hat die dorthin verpflanzte Industrie schon kommunalen Charakter angenommen. Die dortige Gemeindeverwaltung hat der betreffenden Offenbacher Firma einen Raum im Rathaus zur Verfügung gestellt. Auch der Pfarrer ist in genanntem Orte ein eifriger Förderer der neuen industriellen Tätigkeit.

In diesen Orten werden fast nur Mädchen beschäftigt, und zwar auf Artikel, die man auch mit noch so gutem Willen nicht mehr als Lederwaren bezeichnen kann. Aus allem möglichen anderem, nur nicht aus Leder werden hier Artikel zusammengestellt und auf den Markt gebracht.

Bei dieser Gelegenheit weist Dr. Loß auf ein Urteil Friedrich Raumanns hin:

„Was die Heimarbeit leistet, ist in den meisten Fällen als Material- und Arbeitsverschwendung zu bezeichnen. Wir dürfen nicht herstellen, um wegzuworfen, sondern wir müssen eine Kultur von bleibendem Gebrauchswert schaffen. Wir müssen vorwärts streben auch in dem, was wir auf den Markt bringen und müssen die Herstellung von Stapelwaren den Vätern geringerer Bildung überlassen.“

Diese Auffassung deckt sich völlig mit der von uns schon so oft vertretenen und haben wir deswegen den Heimarbeitern unzähligmal den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation dringend empfohlen, damit niemand mehr über sie schreiben kann:

„Den meisten (Heimarbeitern) geht einfach die Fähigkeit ab, eine angebotene Arbeit genau einzufaktulieren. Findet nun wirklich einmal einer den Lohn zu gering, so stehen fünf andere vor der Tür, die für den gebotenen Lohn gerne arbeiten, ja ihn sogar noch unterbieten. Sobald sie aber ihr erstes Quantum abgeliefert und gemerkt haben, daß sie für diesen Lohn nicht arbeiten können, wird es ihnen bei einer erhöhten Forderung ebenso ergehen wie ihren Vorgängern.“

*) Durch Sperrdruck von uns hervorgehoben. D. Red.

Daß solche Zustände für das Niveau der Industrie von den nachteiligsten Folgen sein müssen, liegt klar auf der Hand. Wird in diesem Tempo weitergearbeitet, dann muß unsere so hochstehende Industrie unbedingt in Mißkredit kommen. Der Gewerbeverein*) hat versucht, so weit es in seinen Kräften stand, diesen Auswüchsen zu steuern. Er stößt dabei aber auf den Widerstand der Heimarbeiter selbst, die die an sich geringen Löhne durch längeres Arbeiten ausgleichen und so einen immerhin hohen Nominallohn erhalten.

Im dem Tarifvertrag vom 23. VI. 1911 ist allerdings für Heimarbeiter eine Mindestaltersgrenze von 21 Jahren festgesetzt. Nichts kann aber leichter umgangen werden und wird tatsächlich auch umgangen, wie diese Bestimmung. Ein Vater, der Schneider ist, hat einen Sohn, der Portefeuller, aber noch nicht 21 Jahre alt ist. Der Vater holt und liefert nun statt des Sohnes die Arbeit ab. Auch bei den Beratungen der Tarifverträge leisten die Heimarbeiter ins Gewicht fallenden Widerstand.

Die Offenbacher Lederwarenindustrie nahm seit jeher als Exportindustrie eine führende Stellung ein. Das Geschäft auf dem Auslandsmarkt ist jedoch immer schwieriger geworden. Alle Länder, mit Ausnahme von England, haben sich mit immer höheren Zollschranken umgeben. England ist daher auch für Offenbach mit etwa 60 Proz. der exportierten Waren das Hauptabgabengebiet geblieben. Frankreich und Rußland sind wegen ihres hohen Zolles kaum noch rentabel zu bearbeiten. Es wird eine wichtige Aufgabe des Reiches sein, künftige Handelsverträge mit günstigeren Bedingungen für unsere Industrie abzuschließen. In Sattler- und Tächnerwaren betrug im Jahre 1913 die Einfuhr 8660 Doppelzentner, die Ausfuhr dagegen 66470 Doppelzentner. Schätzungsweise betrug der Ausfuhrwert 60—70 Millionen Mark pro Jahr, wovon 35 Millionen Mark Jahresumsatz auf Offenbach entfallen dürften.

Trotzdem die Lohnverhältnisse seit ihrer tariflichen Regelung eine steigende Tendenz aufweisen, ist vor dem Kriege der Durchschnittslohn für gelernte Arbeiter nicht höher als zirka 25 Mk. die Woche, obgleich Löhne von 30 Mk. und noch mehr für einen tüchtigen Arbeiter keineswegs etwas Seltenes sind. Wesentlich ungünstiger liegen aber noch die Verhältnisse bei den Heimarbeitern, weil sie noch die Ausgaben für Arbeitsraum, Heizung usw. aus ihrem Verdienst zu bestreiten haben.

Mit Ausnahme einer verhältnismäßig kleinen Zahl gut verdienender Portefeuller ist wohl für den größten Teil der in der Offenbacher Lederwarenindustrie beschäftigten Personen eine bessere Entlohnung durchaus erstrebenswert. Das Verhalten der Unternehmer und die von ihnen als Lebensschaden der Lederwarenindustrie bezeichnete Heimarbeit lassen trotz aller sozialpolitischen Beweisführung auf ein freiwilliges Entgegenkommen nicht schließen.

Hier muß die Tätigkeit der Gewerkschaft eingreifen und müssen alle in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen durch tatkräftige Mitarbeit innerhalb des Verbandes der Sattler und Portefeuller eine Geltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse recht bald herbeiführen.

Gesetzlicher Schutz für die weibliche und jugendliche Arbeitskraft.

Die stark gesteigerte Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß macht eine Erweiterung des geltenden gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugendschutzes dringend notwendig.

Die Gesundheit der Arbeitenden und der kommenden Generation, die Rücksichtnahme auf die geistig-sittliche Entwicklungsmöglichkeit der heranwachsenden Jugend, auf das Kulturbedürfnis der Erwachsenen und deren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Pflichtenkreis, und nicht zuletzt das Gesamtinteresse der Gesellschaft an dem Gedeihen ihrer einzelnen Mitglieder, erfordern die Errichtung hinlänglich hoher und starker Schranken gegen die kapitalistische Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte.

Im Widerspruch zu dieser Notwendigkeit steht die Tatsache, daß noch immer das Notgesetz gilt, welches bei Ausbruch des Krieges geschaffen, dem Reichskanzler die Befugnis einräumt, den bereits bestehenden gesetzlichen Schutz für Arbeiterinnen, Jugendliche und Kinder außer Kraft zu setzen.

Die tatsächlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeitenden heute schaffen, sprechen geradezu nach einem erweiterten Schutz. Am so mehr wird deshalb der durch das Notgesetz geschaffene Zustand als schwer drückend und unhaltbar empfunden und seine Beseitigung herbeigeführt.

Einer in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen allgemeinen Auffassung gibt deshalb die nachfolgende Petition Ausdruck, die Ende März von den Genossinnen Zieg und Hanna dem Reichstage eingereicht wurde:

*) Gemeint ist unser Verband. D. Red.

Petition betreffend Arbeiterinnen- und Jugendschutz:

Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende Bitte:

1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.

2. Um Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Großmaschinenindustrie, Bergbau, Erzarbeiten, Mühlenfabrikation und andere mehr) beschäftigten weiblichen Personen.

Begründung:

Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz vom 4. August 1914 erregte von vornherein Bedenken, die man aber zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so weniger, als auch in dem Ministerialerlaß vom 10. August als allgemeine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbesondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern nur in den dringendsten Notfällen gemährt werden sollten.

In Wahrheit hat die Erwerbsarbeit der Frauen, der Jugendlichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingedrungen, die ihnen bisher verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schlechthin schädlich sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutzbestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausgeübt werden können. Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Hüttenwerken und andere mehr.

Die Beschäftigung von Frauen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehenden Umfang ist auch nicht nach den ursprünglichen Intentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefälle beschränkt geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Viele Tausende Frauen und jugendliche Personen beiderlei Geschlechts leisten in sehr erheblichem Umfang Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Diese Ueberbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der außerordentlichen Zerrung und der Knappheit vieler Lebensmittel, ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bedrückt sind, und für die Entwicklung der nachfolgenden Generation, die unter solchen ungünstigen Verhältnissen getragen und geboren wird. Wir fügen einige ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der betreffende Zustand leider auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestigten jugendlichen Arbeiter geführt hat.

Und schließlich sei noch erwähnt, daß die dauernde Uebermüdung, die zur Entkräftung und Gesundheitsschädigung führt, den Eintritt der Invaldität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Charakterentwicklung der Jugend sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund: durch Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschutzgesetze eine Störung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch nicht mehr geltend gemacht werden. Das „Reichsarbeitsblatt“ vom Februar 1916 meldet vielmehr, daß für 163 weibliche Arbeitjuchende nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitssuchenden Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen für sie jedoch nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Verhältnisse sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einmeldungen machen: der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der Ostpreussische Verband, der Posenische, die Hamburger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das Württembergische Staatslandesamt und der Verband westfälischer Arbeitsnachweise. Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitjuchende nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen Arbeitjuchenden stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100 und die der offenen Stellen nur von 11 350 auf 13 400.

In dem schon erwähnten Ministerialerlaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitsgelegenheit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde.“

Durch die Ueberarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Männer und Frauen eingetreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Beseitigung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine jegensreiche sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen, mindestens in der Schwerindustrie, würde Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß im Interesse der Arbeitenden und im Interesse der Volksgesundheit ihre Worte Beachtung finden und ihre Bitte erfüllt wird.

Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands: Luise Zieh.

Für das Arbeiterinnensekretariat der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands: Gertrud Hanna.

Die angefügten ärztlichen Gutachten mußten wir aus Raumangel weglassen. Unsere Leser finden sie in der von der Genossin Zieh verfaßten Broschüre: „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher“, die in der „Vorwärts“-Buchhandlung erhältlich ist und in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist.

In erster Linie ist es Sache der politisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen, im Rahmen der Gesamtbewegung für die Durchsetzung obiger Forderungen zu wirken.

feldpostbrief.

Ostergedanken eines feldgrauen Kriegers.

Werte Kollegen! Vielen Dank Euch, Kollegen, die Ihr mir immer so pünktlich die Zeitung zukommen laßt.

Oster-Heiligabend! . . . Ist es wahr oder ist es nur ein Traum — die Gedanken sind sich noch strittig . . . Aber doch, es muß wahr sein! . . . Wir erhielten heute doch so etwas — wobei ich den Ausdruck fallen hörte: „Ostereier“. Nun gut; haben heute ganz bestimmt pro Kopf drei Hühner, ach nein, was sag ich denn, muß doch heißen Ostereier, erhalten. Im Besitze dieser jetzt so köstlichen Gabe, dabei schon kolossalen Appetit verpürend, stritten sich die Gedanken schon wieder mal; wann ist du dieses Streitojekt? . . . Ja, Ostereier; morgen ist aber doch erst, wie's der Kalender sagt, Ostern! Bleibt mir doch auch nichts anderes übrig, wie morgen mit euch nähere Bekanntschaft zu schließen. — Alle Vorsichtsmahregeln aber doch gleich treffend, da ich noch eine Strecke Weges mit ihnen zu machen habe bis zu meinem primitiven Barackenheim und ich mich gerade auch in der Küche befand, machte ich sie auf dem gewöhnlichen Wege gebrauchts-, transport- und widerstandsfähig. — Schon bin ich „dabeim“, meine drei Eier liegen vor mir auf dem Tisch; wenn doch nur diese verführerischen Reflexe nicht gewesen wären und der Magen nicht dauernd halbe Umdrehungen gemacht hätte, da hätte ich sicher meine wirklichen Ostereier noch! — „So sind es aber doch nur Hühnererier geblieben!“ — Laßt Euch „Liebern“ nun man nicht das Wasser im Munde zusammenlaufen, denn gemundet haben sie mir doch. Während diesem „Vertilgungsprozeß“ summt es mir wie zum Hohn klingend über die Lippen: „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Osterzeit! . . .“ Es blieb nicht beim Hohn — es verklang „sehnjuchtsvoll!“ — Oster-Heiligabend! . . . „draußen“ im Felde — „dabeim“ bei Euch Lieben, im Kriege — — —??

Kollegen und Kolleginnen! Im Zeichen dieses gewaltig grauenhaften „Angriffs“, wo wir und Ihr wie eine Kette eng verbunden sind und den verschiedensten Umständen den derzeitigen günstigen militärischen Stand zu verdanken haben, wo das „Gefühlsleben“ zum „Gemeinsinn“ sich kolossal steigert, ist das Wort „Dank“ ja doch nur immer etwas Außerliches. Gerade in dieser so sturmbelegten Zeit bekommt man das Wort „Dank“ häufig zu hören, was ja auch leicht für jedermann denkbar und sogar selbstverständlich ist. Ich für meine Person bin gegenüber diesbezüglichen Worten schon sehr abgetumplt. Weshalb? Weil es so oft angewandt wird. . . Drinnen so wie draußen haben wir ja doch nur unserer Pflicht genügt — wohlverstanden ist dies Urteil groß gesagt — und tun wir unsere Pflicht weiter! So wage ich das Wort ab, je nachdem, aus welchem Munde es kommt. . . Meistenteils ist es nach meinem Empfinden „ein fülles Beiseid“.

Des Tages Einerlei, verursacht durch die Zeitumstände, zwingt einen denkenden Menschen zum Nachdenken über dies und jenes; deshalb spreche ich oben vom Gefühlleben. Früher — vor dem Kriege — markierte sich das Hirn nicht so ab wie jetzt zu dieser Zeit . . . und ist nun gezwungen, tagtäglich eine Menge Fragen unbeantwortet zu begraben, zu vergessen. Es ist manchmal schrecklich — viele von Euch werdens mir nachfühlen und verstehen können. . .

Die Lektüre, welche einem in die Hand gleitet, ist oft mitteilbarregend nicht einmal für Kinder und dabei bestimmt für Männer. . . Eine ganz feine Sorte, welche nicht ernst genommen . . . und daher ihre Opfer zwischen der „Unwissenheit“ sucht. —

So ist es nun selbstverständlich, wie man an dem Berufe hängt, auch die Berufszeitung ungern vermisst. Teilnahmsvoll nehme ich Kenntnis — in der Abgeschlossenheit — von den Vorgängen innerhalb des Berufes. . . Die Nr. 14 unserer Zeitung gibt mir die Gelegenheit zu schreiben. . .

Da steht es; ich traue meinen Augen kaum: „Verhandlungen in D . . . ergebnislos“. In dieser Zeit, in der wir jetzt leben, ist es erklärlich, daß solch ein Satz einem Schmerz zufügt.

Trotzdem daß wir schon seit dem 2. August im Felde stehen, ist uns Kollegen unser ruhiger, ziel-sicherer Blick noch nicht verlorengegangen; das zeigt auch deutlich unsere militärische Vormachtstellung. Man muß ja so vieles Unverdauliches herunter-schlucken, aber für unerhört empfinden muß man es; wo wir schon fast zwei Jahre für unser geliebtes Vaterland kämpfen, jeden Tag bereit, ins kühle Grab zu sinken, damit eine Flut voll Sorge, Jammer und Elend hinterlassen, schämen sich Leute nicht, um ihren Selbstja zu streiten, zu kämpfen — und wenn es nur einem einzigen Pfennig gilt. —

„Und die alten Eichen rauschen immer noch das alte Lied, wenig ist es anders worden, seit ich aus der Heimat schied“ . . .

Wie schön, Kollegen, wäre es, wenn wir hier auch mit schönen Reden operieren könnten gegenüber unseren Gegnern. Ungefähr so: „He, Engländer, geht uns den Graben, wir schenken Euch ganz etwas Schönes dafür.“ Eine feine Kriegführung, was? — Leider ist das nicht der Fall, wir müssen kämpfen, ja, meine Herren, kämpfen müssen wir — was das heißt, wissen leider scheinbar auch gebildete Leute in unserem Vaterlande noch nicht! Kämpfen heißt hier bei uns, unser gutes Leben dem Vaterlande hingeben. — Dazu gehören aber keine Geldjachtinteressenten. Hoffentlich werden die diesbezüglichen Herren nicht taub sein . . . die es angeht.

Kollegen! Soweit es Euch angeht, brauche ich mich wohl keiner Täuschung hinzugeben. Ihr werdet Euren Mann — wie wir hier — zu stellen wissen! Nur zieht die Euch immer wieder und wieder gestellten Konsequenzen. Arbeitet strategisch wie wir hier, und da wird auch Euch der Sieg nicht unhold bleiben. Zieht neue Kämpfer ins Feld, die untätig zu Euren Nachteil noch in „Reserve“ liegen! Wie gesagt, durch gekünstelte Redewendungen können wir hier absolut nichts beginnen. Da holt unser sich schon so oft bewährter starker Arm zu neuen Schlägen aus. . . Der Sieg muß uns doch bleiben! — So machen wir es! . . .

Wie schön ließe sich da eine Parallele ziehen —, nicht wahr? . . . Seht zu, mit Eurer ganzen Kraft selbige zu ziehen! Denkt daran: „Günst ist eine schwere Bürde — bist du in ihrer Bürde, so ist die Freiheit bloß noch Hohn.“

Draußen ruht der Tag auf uns; immer das-selbe, sich zur Langweiligkeit steigende eintönige Einerlei, manchen Schwachen zur Melancholie ver-sollen lassend, sieht man und hängt träge den Gedanken nach, immer nur die brennende — sehnjuchts-voll-schwere Frage auf den Lippen — . . .? Wann wird es wahr werden — vielleicht bald, vielleicht dauert es noch eine Weile —?

Es regnet unaufhörlich . . . schon wochenlang, und reißt gar nicht ab. Vor sechs Wochen ungefähr pflanzten feldgraue Gärtner die junge Saat in unseren Bude-Gärten. . . Mehrmals sah ich einen, seinen Oberkörper gebückt über die Beete hängend, dabei mit dem Kopfe schüttelnd. . . Die Saat kommt und kommt mit ihrem Leben nicht an die Oberfläche, rief er mir durchs Fenster! Ich tröstete ihn — worin er mir auch beipflichtete —, auch sie wird kommen und gehen. . . Tiefinnend kams über seine Lippen: „Wenn's nur die letzte Kriegs-saat wäre?“ — „Ja, ja, so manche Nase wird in der Knospe schon zertreten, die ach so herrlich würde blühen.“

Noch einmal packt mich die Erinnerung. „Lau-schend dem Mejerat Bernsteins auf der Generalver-sammlung der Berliner Kollegenschaft, welche zu Ehren des 25. Geburtstages unseres Verbandes ab-gelassen wurde, und wie als wenn es heute wäre, hörte ich die Schlussausführungen seines Referats — welche lauteten: „Wir wissen nicht, was ihm bevor-steht. — Der Verband der Sattler und Portefeuille ist ein gesunder Junge und wünschen ihm, daß er sich so weiter entwickelt.“ Nur wenige Wochen danach — saßen wir drin in dieser so sturmbelegten Zeit und der „Junge“ hat sich unter der vollsten Anerkennung der mütterlichen Hände, allen Stürmen zum Trost, „als unumstößlicher Gesellschaftsfaktor“ behauptet! Kollegen! Vorwärts, dem Ziele nach! Auf einen baldigen gerechten Frieden hoffend. Auf Wiedersehen!

Es grüßt Euch diesmal
Euer Kollege W. R., im Westen.

Aus Industrie und Handel.

Wie sich Leder in Gold verwandelt. Die Wandsbeler Lederfabrik (A.-G.) veröffentlicht ihre Gewinn- und Verlustrechnung nebst Bilanz, die in weiten Kreisen bekannt zu werden verdient. Bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark beträgt für 1915 der Gewinn über 3 Millionen Mark und der Zinsgewinn 79 000 Mk. Davon werden 100 000 Mk. zu Abschreibungen, 50 000 Mk. für den Reservefonds, 1 200 000 Mk. als Kriegsgewinnsteuerumlage, 500 000 Mk. für den freiwilligen Spezialreservefonds, 600 000 Mk. für eine Dividende von 30 v. G. und 80 412 Mk. als Vortrag für 1916 gegen nur 4719 Mk. im Jahre 1914 verwendet. Von dem Maschinenkonto mit 200 000 Mk. sind allein 85 000 Mk. abgeschrieben worden. Der Wert der Vorräte an Rohhäuten, Galbfabrikaten, Gerb- und anderen Materialien ist mit 343 902 Mk. angegeben, sicherlich nicht zu hoch; das Wertpapierkonto beträgt 3 935 500 Mk. und die Bank- und Kassenbestände sind mit 174 544 Mk. aufgeführt. An allgemeinen Geschäftskosten einschließlich Lantien und Sonderzulagen an Vorstand und Angestellte sind verausgabt 577 655 Mk. — Man sieht, welche gewaltige Gewinne die Lederindustrie erzielt, und so wird es wohl vielen Kriegsindustrien beschieden sein. Es ist nur schade, daß die Reichsregierung bei der Kriegsgewinnsteuer so zaghaft zugegriffen hat. Bei derartigen Riesengewinnen, in einer Zeit „erübrigt“, wo die ganze Nation ungeheure Opfer an Gut und Blut bringt und Hunderttausende mit bitterem Mangel zu kämpfen haben, rechtfertigt sich auch der kräftigste Eingriff in den Beutel der Aktionäre zugunsten der Allgemeinheit.

Zweiundzwanzig Prozent Dividende zahlen die Adlerwerke vorm. Heinrich Kleber in Frankfurt a. M.

Autofonjunktur. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft hat eine glänzende Bilanz herausgebracht, und bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark beträgt der Reingewinn einschließlich des Vortrages 6,6 die Abschreibung und Reservebestellung 3,5 Millionen Mark, die Dividende 24 Proz. Die Bilanz ist sehr undurchsichtig. Die Gesellschaft hat beim Bau von Automobilen und Motoren kolossal im ersten und zweiten Kriegsjahr verdient, und die Börse hat sich beeilt, die hohen Gewinne in der Kursgestaltung vorwegzunehmen. Leider dürfen Kurse nicht veröffentlicht werden. Nur so viel kann gesagt werden, daß die Rentabilität nur 3,5 bis 4 Proz. des Kurswertes beträgt. Der hohe Kurs wäre ganz unbegründlich, wenn die Börse nicht glaubte, daß der Gewinn sehr viel höher ist, als die Bilanz ausweist. Ein Gerücht will wissen, daß die Gesellschaft für die Kriegsgewinnsteuer 15 Millionen Mark, also fast doppelt so viel als das Aktienkapital beträgt, zurückgestellt und zur Verheimlichung vor profanen Mäulern im Schuldnerkonto verbucht habe. Schon im Vorjahre besaß die Gesellschaft ein Bankguthaben von 10,5 Millionen Mark. Sie war im abgelaufenen Jahre in der angenehmen Lage, der Stadt Stuttgart ein Darlehen von 2 Millionen Mark zu gewähren, ihre eigene 4,5prozentige Anleihe von 1901 im Restbetrag von 1,8 Millionen Mark zurückzahlen, Kriegsanleihe zu zeichnen und Bauterrains in Berlin-Mariefelde, in Stuttgart-Untertürkheim und Sindelfingen zu erwerben.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 25. 4.) In unserer am 15. April stattgefundenen Versammlung hielt Kollege Blum (Berlin) einen Vortrag über: „Die Gewerkschaften und unser Verband während der Kriegszeit“. Der Referent schilderte in zirka 1½stündigen Ausführungen die Tätigkeit der Gewerkschaften, insbesondere die unserer Organisation während der Kriegszeit. Er besprach eingehend die Maßnahmen, welche anfangs der stark einkehenden Arbeitslosigkeit wegen notwendig waren. Bald darauf war die Nachfrage nach Arbeitskräften, infolge der benötigten Heeresausrüstungen, eine sehr große und führte schließlich zur Einführung des Reichsarbeitsgesetzes. Nachdem Redner den Tarif und seine Vorgeschichte in anschaulicher Weise geschildert hatte, wandte er sich in seinen Ausführungen zu dem großen Problem der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Im besonderen betonte er, daß es auf Grund der Lohnpolitik der Unternehmer gilt ein wachsendes Auge zu haben, um verhindern zu können, daß kein Kriegsbeschädigter als Lohnrücker beschäftigt wird. Auch das große Gebiet der Frauennarbeit gibt zu der Besorgnis Anlaß, daß nach dem Kriege eine erhebliche Arbeitslosigkeit unter den Kollegen Platz greift. Die gespannte Aufmerksamkeit während des Vortrages und der allgemeine Beifall bewiesen, daß Redner den Nachweis erbracht hatte, daß die Organisation nach dem Kriege eine viel größere Bedeutung denn je erhält. — Aus dem Vierteljahresbericht des Vorstehenden wäre zu bemerken, daß die Agitation nicht in dem gewünschten Maße erfolgt ist. Eine Anzahl Kollegen mußte wegen rückständiger Beiträge aus dem Verband ausgeschlos-

sen werden. Zum Kriegsdienst sind bisher 487 Mitglieder eingezogen. Den verstorbenen Kollegen Oskar Seufert und Alois Gürlich widmete der Vorstehende einen warmempfundenen Nachruf. Die Versammelten ehren das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Kassierer gab darauf die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahmen betragen 4048,23 Mk., die Ausgaben 3832,75 Mk. An die Hauptkasse konnten 2800 Mk. gesandt werden. Eine Debatte fand zu beiden Punkten nicht statt. Der Antrag der Revisionen auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. — Unter „Allgemeines“ ergänzte Kollege Nothe als Mitglied der Volkshauskommission einiges aus dem Geschäftsbericht des Volkshauses. Daraus war zu ersehen, daß dasselbe unter der Kriegszeit auch arg zu leiden hat und ist deshalb zu wünschen, daß die Gewerkschaftsmitglieder durch besseren Besuch zur Unterstützung beitragen mögen. Der Vorstehende bemängelte noch den mäßigen Besuch der Versammlung; gerade die jüngeren Kollegen, für die der Vortrag bestimmt und von größtem Interesse war, glänzten durch Abwesenheit. Am 21. Mai findet im großen Volkshausaal ein Theaterabend statt. Die Mitglieder werden erjucht, für guten Besuch dieser Veranstaltung Sorge zu tragen.

Soziales.

Regelmäßiges oder außerordentliches Krankengeld für verwundete Kriegsteilnehmer als freiwillige Kassenmitglieder. Grundsätzliche Revisionsentscheidung des Reichsversicherungsamts. Ein Arbeiter war Anfang August 1914 als Reservist zu den Farben einberufen worden. Vorher war er zwei Jahre lang als Fabrikarbeiter bei der Firma B. in L. tätig und als solcher versicherungspflichtiges Mitglied der dortigen Krankenkasse. Im August wurde er in Frankreich verwundet. Er hat gegen die Kasse Anspruch auf Krankengeld während der Dauer seiner Krankheit erhoben mit der Begründung, daß er von der Firma B. weiterversichert sei. Voraussetzung des Anspruchs auf Krankengeld ist nach § 182 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung, daß die Arbeitsunfähigkeit eine Folge der Krankheit ist. Die Beklagte stellte dies in Abrede, sie führte aus, daß der Kläger bereits durch die Einberufung zum Heere arbeitsunfähig geworden sei. Diese Auffassung war jedoch nicht richtig. Arbeitsunfähigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Erwerbslosigkeit. Arbeitsunfähig ist vielmehr nur der, der infolge von Krankheit körperlich nicht fähig ist, Erwerbshandlungen vorzunehmen. Dieser Zustand war im vorliegenden Falle nicht schon durch die Einberufung des Klägers, sondern erst durch seine Verwundung herbeigeführt worden. Demgemäß wurde der Klage von den Vorinstanzen stattgegeben. Zu einem etwas anderen Resultat gelangte das Reichsversicherungsamt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Vorinstanzen haben dem Kläger außer dem regelmäßigen Krankengeld nach § 19 Nr. 2 der Ordnung auch noch das außerordentliche Krankengeld des § 22 daselbst zugesprochen. In diesem Punkte erhebt die Revision der Beklagten begründet. Nach § 22 wird Kassenmitgliedern, die nach § 11 freiwillig in der Kasse verbleiben, statt der Krankenpflege das halbe Krankengeld gewährt, wenn sie sich nicht im Bezirke der Kasse aufhalten. Die Kasse kann hiernach ihre Verpflichtung auf Gewährung der Krankenpflege durch Zahlung des halben Krankengeldes ablösen, wenn der Kranke und solange er in einem fremden Bezirke sich befindet. Die letztere Voraussetzung trifft hier wenigstens für einen Teil der Krankheitszeit zu. Gleichwohl kann der Kläger nur das ordentliche Krankengeld verlangen. Aus den Worten „statt der Krankenpflege“ ergibt sich, daß das Ablösungsrecht der Beklagten nur dann in Frage kommt, wenn die Möglichkeit zur Gewährung von Krankenpflege an sich bestehen würde. Ist diese nicht vorhanden, wäre die Kasse also überhaupt nicht in der Lage, Krankenpflege zu gewähren, so liegt auch eine Verpflichtung der Kasse zur Gewährung von Krankengeld an Stelle der Krankenpflege nicht vor, und es kann deshalb auch eine Ablösung dieser Verpflichtung nicht in Frage kommen. Verwundeten Kriegsteilnehmern kann die Kasse Krankenpflege solange nicht gewähren, als die Heeresverwaltung selbst hierfür sorgt. Das ist im vorliegenden Falle geschehen. Dadurch wird eine Verpflichtung der Kasse aus § 22 der Ordnung ausgeschlossen.

Bücherschau.

Eine neue Karte von Belgien und dem angrenzenden Nordfrankreich beginnt soeben bei der Französischen Verlagshandlung in Stuttgart zu erscheinen. Vor uns liegt das erste Blatt: Ostende-Opere. Die Karte überrascht durch ihre große Uebersichtlichkeit. Sie ist zweifarbig in Steindruck hergestellt, der Maßstab ist 1:200 000, jeder Weg, jede Straße und fast alle wichtigeren Ortschaften sind in der Karte eingezeichnet. Ein alphabetisches Ortsverzeichnis erleichtert das Auffinden der einzelnen

Orte. Die Höhenunterschiede sind in Schummerungsmanier eingezeichnet. Die Karten sind zur Verfolgung der kriegerischen Vorgänge ein sehr gutes Hilfsmittel, aber auch den in den betr. Gegenden stehenden Truppen werden sie zur Orientierung gute Dienste leisten. Sie eignen sich auch vorzüglich zum Versand ins Feld. Ihre Ausfuhr dahin ist behördlich genehmigt.

Adressenänderungen.

Hamburg. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt Neuberg 13.

Bamberg. B. Matthäus Hofmann, Hornthalstraße 39, Restaurant „Hornthaler Hof“.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In der Auszahlung der Hinterbliebenenunterstützung werden fortgesetzt Fehler gemacht. Diese Unterstützung ist von Fall zu Fall bei dem Zentralvorstand zu beantragen und nur nach Anweisung des Vorstandes auszusahlen. Die letzte Gauleiterkonferenz ermächtigte den Verbandsvorstand, nach Auflösung des Sammelfonds auch weiterhin den Frauen der gefallenen Mitglieder sowie den Eltern lediger Mitglieder, welche den staatlichen Unterstützungsschein besitzen, eine Unterstützung in der Höhe der Hälfte der statistischen Beerdigungshilfe aus Verbandsmitteln auszuzahlen, auf die das verstorbene Mitglied beim Eintritt in das Heer begugsberechtigt war. Ein gesetzliches Recht auf diese Unterstützung steht den Hinterbliebenen nicht zu.

Die graue Karte vom 29. April 1916 ist spätestens bis zum Sonntag, den 7. Mai, an die Hauptverwaltung einzusenden.

Der Vorstand.

Bekanntmachung der Branchenleitung für das Portefeilles- und Reiseartikelgewerbe Berlins.

Die mit dem 1. April d. J. vereinbarte Teuerungszulage ist, soweit wir feststellten, von den Lederwarenfabrikanten, auch von denen, die der Vereinigung nicht angehören, anstandslos zur Auszahlung gekommen. Ob die Zwischenmeister ihrer Verpflichtung den Hilfskräften gegenüber in gleichem Maße nachgekommen sind, konnte nicht durchgängig ermittelt werden.

Wir erjuchen daher alle Kollegen und Kolleginnen, in allen Betrieben die Teuerungszulage rückwirkend ab 1. April 1916 zu fordern und im Ablehnungsfall uns sofort Mitteilung zu machen.

Mit kollegialem Gruß

Die Branchenleitung
Engel-Alfer 14/15, Zimmer 28.

Verfammlungskalender.

Ulm. Freitag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, findet unsere Monatsversammlung statt. Vortrag des Genossen Denker. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Einige geübte

Täschner

sucht

C. Lohmann, Superba-Werke,
Bielefeld.

Stanzmesser u. Pressen

für kurze und lange Revolvertaschen zu kaufen gesucht.

Ernst Scheffler, Militäreffektenfabrik,
Chemnitz, Ludwigstr. 28.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.